

«Das Recht der menschlichen Person ist der Kern, ja recht eigentlich das Herz der staatsrechtlichen Ordnung. Es gebietet, die Menschenwürde als höchstes Rechtsgut zu achten und zu schützen. Es verbietet, die menschliche Person irgendwie zum blossen Mittel zu degradieren.»
(Prof. Dr. Werner Kägi)

STIMME DER VERNUNFT

**Wichtige Informationen für alle
Stimmbürger zur Abstimmung
vom 20. Oktober 1974**

Wie stark ist die Schweiz allein?

Warum importiert die Schweiz die Hälfte ihrer Nahrungsmittel? Unser Land war von jeher auf den Handel mit dem Ausland angewiesen. Soweit er zur Deckung der Existenz nicht ausreichte, mussten in früheren Jahrhunderten Schweizer auswandern.

Selbstversorgungs-Wahn	Angewiesen auf das Ausland
Zur Propagierung ihrer Initiative für einen masslosen Ausländerabbau stützt sich die Nationale Aktion auf die	Ohne namhaften Wirtschaftsverkehr mit dem Ausland wäre die Schweiz bettelarm, selbst wenn sie sehr viel

Was die Nationale Aktion verschweigt

Die Nationale Aktion verschweigt...

- ... dass mit Annahme der Initiative ganze Erwerbszweige – vor allem das kleine und mittlere Gewerbe – ruiniert würden,
- ... dass sie seelenruhig massive Betriebsschliessungen in Kauf nimmt und damit unzähligen Schweizern den Verlust des Arbeitsplatzes zumutet,
- ... dass sie ein Zwangssystem einführen möchte, so dass auch der Schweizer nur dort arbeiten dürfte, wo es die Behörden erlauben,
- ... dass sie mit einer Erhöhung der AHV-Beiträge um 25% rechnet, weil die Initiative eine enorme Reduktion der beitragspflichtigen Lohnsumme nach sich zieht,
- ... dass viele lebenswichtige Betriebe, z.B. für die Versorgung mit Nahrungsmitteln, ohne die Mitarbeit von Ausländern ihre heutigen Leistungen nicht mehr aufrechterhalten könnten,
- ... dass sie selber nicht sagen kann, wie die Ausweisung von über 540 000 Jahresaufenthaltern und Niedergelassenen innert drei Jahren zu bewerkstelligen wäre.

Die Nationale Aktion behauptet...

- ... dem Schweizer gehe es nach Annahme der Initiative materiell besser; sie verschweigt, dass die Initiative zur Schädigung der wirtschaftlich schwächeren Regionen und zum Massensterben von Kleinbetrieben führt – dass sie also eine Fremdarbeiterpolitik auf dem Buckel der wirtschaftlich Schwächeren betreibt;
- ... der Schweizer könne mit viel weniger Aussenhandel ebensogut leben;



die Nationale Aktion auf die Zahlen der Nahrungsmittel- und Rohstoffeinfuhren, als ob sie neuste Neuigkeiten wären und eine Übervölkerung beweisen würden. Aber schon bei der Gründung des Bundesstaates im Jahre 1848 entschied man sich für den freien Handel mit dem Ausland, wohl wissend, dass nur der internationale Austausch von Gütern und Leistungen einem von Natur aus armen Land die Existenzgrundlage schaffe.

arm, selbst wenn sie sich viel weniger Einwohner zählte. Auf dieses Ziel marschiert die Nationale Aktion geradewegs los. Nicht nur fordert ihre Initiative einen Ausländerabbau, der sogar nach den Worten des Aktionspräsidenten eine Amputation bedeuten würde; sie möchte mit staatlichen Massnahmen auch die Zahl der Schweizer beschränken (wie, ist allerdings offen).
Lesen Sie bitte auf Seite 4 weiter.

... der Schweizer könne mit viel weniger Aussenhandel ebensogut leben; sie verschweigt, dass die Schweiz ohne regen Gütertausch mit dem Ausland und ohne Tourismus bettelarm wäre;
... der Schweiz drohe ein mächtiges Anwachsen der Bevölkerung und der Wirtschaft; sie verschweigt, dass die Bevölkerung immer weniger zunimmt und die Wirtschaft heute alles andere als expandiert;
... die Ausländer seien an den hohen Staatsausgaben schuld; sie verschweigt, dass die Ausgaben für Strassen, für Bildung und Forschung, für soziale Leistungen, für die Erhaltung der Land- und Forstwirtschaft und viele andere Ausgaben entweder überhaupt nicht oder nur zu einem kleinen Teil auf das Konto der ausländischen Arbeitskräfte gehen – ganz abgesehen davon, dass diese ebenfalls ihre Steuern zahlen;

Bundesrat Furgler:

«Verletzung der Rechte des einzelnen.»



Bundesrat Furgler während der Eintretensdebatte im Nationalrat am 14. März 1974.

«Stellen Sie sich für einen kurzen Augenblick das Bild vor, das bei Annahme der Initiative entsteht: Hunderttausende von Ausländern zusammen mit ihren Familien müssten aufgefordert und allenfalls von der Polizei dazu angehalten werden, das Land zu verlassen, auch solche, die bei uns seit vielen Jahren leben, bei uns ihre Existenz aufgebaut haben. Ich glaube nicht, dass unser Schweizervolk ein solches Verhalten verstehen würde.

Ich bezeichne die Wirkungen der Initiative als eklatante Ver-

letzung der Rechte des einzelnen und der Rechte des Staates, ich bezeichne sie als untragbar, unerträglich hart für die Betroffenen, auch für das Land. Der Entzug eines Teils der unbefristet ausgestellten und mit keinerlei Bedingungen verbundenen Niederlassungsbewilligungen widerspräche nicht nur unserer Rechtsauffassung, wonach wohlverworbene Rechte zu respektieren sind, sondern all dem, was wir in unserer westlichen Zivilisation bis jetzt unter Recht verstanden haben.»

... die Ausländer würden auch sonst hohe Kosten verursachen;

sie verschweigt, dass die meisten Ausländer einfach leben und wohnen; ins Gewicht fällt für uns vor allem ihre Arbeit;

... mit der Initiative werde überhaupt alles besser; sie verschweigt, dass die Probleme, die wir zu lösen haben, vor allem unsere höchst eigenen Probleme sind, und es allzu billig ist, alles auf die Ausländer abschieben zu wollen.

Die Nationale Aktion verschweigt, dass die gute Lösung schon beschlossen ist:

Der Bundesrat hat die Zulassung ausländischer Arbeitskräfte gedrosselt. Der gesamte Ausländerbestand wird stabilisiert.

Ins eigene Fleisch schneiden?

Überfremdungs-Initiative III

NEIN!

Abstimmungstag
20. Oktober



Ausländer als Sündenböcke.

Die Staatsausgaben sind gestiegen. Wer oder was ist daran schuld? Für die Nationale Aktion kann es überhaupt nur einen Grund geben: die in der Schweiz arbeitenden und wohnhaften Ausländer. Als ob etwa infolge der ausländischen Berufstätigen die Staatsausgaben für Hochschule und Forschung über eine Milliarde Franken im Jahr ausmachten! Diese Ausgaben wären ohne die ausländischen Arbeitskräfte nicht um ein Prozent geringer. Oder stecken wir mit Rücksicht auf die ausländischen Arbeitskräfte mehr als drei Milliarden

Umweltschutz ist kein Ausländerproblem

Immer wieder wird von den Initianten im Kampf gegen die Ausländer der Modebegriff «Umweltschutz» herangezogen. Ebensowenig wie die übrigen Hauptprobleme unserer Zeit ist jedoch die Umweltbelastung ein spezifisches Ausländerproblem. Es sind nicht die italienischen und spanischen Arbeiter, die uns das Auto und die Ölheizung gebracht haben; im Gegenteil, sie sind zum Beispiel weniger motorisiert als die

tun. Nötig sind neben umweltfreundlichen Produktionsmethoden vor allem technische Verbesserungen für den Privatgebrauch.

Dazu aber braucht es gewaltige Anstrengungen der öffentlichen Gemeinwesen, der Industrie und eines jeden von uns. Gerade in einer krisenhaften Situation, wie sie die Annahme der Überfremdungsinitiative mit sich brächte, würden aber die Bereitschaft und die Mittel für solche Anstrengungen fehlen: im Kampf um die materielle Existenz hat man Wichtigeres zu tun und kann sich die ge-

Zahlenmässige (und andere) Konsequenzen der Dritten Überfremdungs- Initiative

Abbau der ausländischen Bevölkerung in der Schweiz:

rund	300 000	Jahresaufenthalter
mindestens	240 000	Niedergelassene
Total	540 000	Menschen (oder mehr)
auszuweisen bis Ende 1977, das bedeutet	180 000	pro Jahr

Die Ausweisung von mindestens 240 000 Niedergelassenen erfordert die fristlose Kündigung oder den Bruch von internationalen Abkommen. Sie verletzt den Grundsatz der wohlverordneten Rechte, einen der Grundpfeiler des Persönlichkeitsrechtes und unserer Rechtsordnung überhaupt.

Sofortige Beschränkung der Zahl der

Saisonarbeiter um rund 40 000
Grenzgänger um rund 35 000

Reduktion der erwerbstätigen Bevölkerung um rund 400 000 Personen oder 380 000 Ganzjahresarbeitskräfte, was einem

Wieviele kostet ein Ausländer?

Die Nationale Aktion behauptet ohne nähere Erklärung, eine ausländische Arbeitskraft verursache der schweizerischen Volkswirtschaft Investitionskosten von 200 000 Franken; diese würden erst innert zwanzig Jahren abgetragen. Was in diesen Betrag alles einbezogen sein soll, wird wohlweislich nicht gesagt. Um dem Schweizer das Gruseln beizubringen, wird der Ausländer als schwere Last hingestellt. Verschwiegen wird, dass der Schweizer von der Wiege bis zur Bahre mehr kostet als ein ausländischer Berufstätiger, der als Erwachsener in die Schweiz kommt.

Der Arbeitsplatz eines Ausländers kostet nicht einen Franken mehr als der Arbeitsplatz eines Schweizer. Bekanntlich richtet man Arbeitsplätze nur ein, um eine produktive Leistung zu ermöglichen, eine Leistung, die sich nicht erst nach langen Jahren lohnt. Ferner wohnen die Ausländer im allgemeinen einfacher, so dass auf sie weniger Wohnungsinvestition entfällt. Das in ihren Wohnungen investierte Kapital verzinsen sie wie jedermann durch die Bezahlung der Miete. Wo bleibt die Riesenbelastung, welche

kräfte mehr als drei Milliarden Franken jährlich in den Strassenbau, sorgen wir ihretwegen mit anderthalb Milliarden Franken pro Jahr für die Land- und Forstwirtschaft?

Nein, es ist auszurechnen, dass der grösste Teil der Staatsausgaben auch entstehen würde, wenn fast keine Ausländer in der Schweiz lebten. **Und davon, dass die vielen erwerbstätigen Ausländer auch ihre Steuern bezahlen, pflegt die Nationale Aktion nicht zu reden.** Sie macht einen weiten Bogen um die Realität.

Die Panikmacherei, mit der diese Vereinigung ihre Initiative für einen masslosen Ausländerabbau propagieren möchte, verträgt sich nicht mit der Realität.

Nicht einmal am oft erwähnten Schul- und Spitalaufwand sind die Ausländer überproportional beteiligt. **In den Mittelschulen, die mehr kosten als Primarschulen, stellen die Ausländer wenig Schüler.** In den Primarschulen sind sie im Rahmen ihres Bevölkerungsanteils vertreten. Darüber liegen Zahlen aus verschiedenen Kantonen vor.

Was die Spitäler betrifft, so sind sie ebenfalls nicht über die Massen von ausländischen Patienten belegt. **Andererseits könnte die Spitalpflege ohne die vielen ausländischen Helfer nicht aufrechterhalten werden.** Verschiedene Spitäler beschäftigen bis zu zwei Fünftel Ausländer.

Schweizer.

Der Umweltschutz stellt Probleme auf der ganzen Welt. In der Schweiz wurden in letzter Zeit systematisch Massnahmen zum Schutz der Umwelt getroffen und entsprechende Gesetze geschaffen (Raumplanung, neues Gewässerschutz-Gesetz, umfassendes Umweltschutz-Gesetz). Noch bleibt aber viel zu

zu tun und kann sich die gewaltigen Investitionen für den Umweltschutz schon gar nicht mehr leisten.

Ausgerechnet die Annahme der Initiative der Nationalen Aktion, die so gerne ökologische Argumente ins Feld führt, würde also in gefährlicher Weise alle Bemühungen für den Umweltschutz in Frage stellen!

Wirtschaftliche Selbstverstümmelung?

In den letzten Jahren ist die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte in der Schweiz nicht nur stabilisiert, sondern gesenkt worden. Inzwischen wurde die Stabilisierung der gesamten ausländischen Wohnbevölkerung eingeleitet, und auch sie wird durchgesetzt werden. Sie ist nur möglich durch einen weiteren schrittweisen Abbau der ausländischen Arbeitskräfte.

Dieses Vorgehen trägt der menschlichen Seite des Ausländerproblems nach Möglichkeit Rechnung. Es wirkt auch so noch hart genug. Hart für jene, die wir an der Grenze zurückweisen. Hart aber auch für unsere ganze Volkswirtschaft, die die ausländischen Arbeitskräfte und auch die ausländischen Konsumenten braucht.

Die Ausweisung von über einer halben Million Ausländern innerhalb von drei Jahren wäre eine Unmenschlichkeit, wie sie

bis jetzt nur unter Diktatoren geschah.

Für unsere Volkswirtschaft – und damit für jeden einzelnen von uns – wäre sie verheerend!

Die meisten der Ausgewiesenen würden leere Arbeitsplätze zurücklassen. Leere Arbeitsplätze sind Lücken in Produktionsabläufen, die niemand ausfüllen könnte oder wollte, weil es harte oder schmutzige Arbeit ist. Abteilungen und ganze Betriebe müssten geschlossen werden. Davon würden auch Schweizer betroffen. Der Ausweisung der Ausländer würden Mas-

Achtel aller Erwerbstätigen oder einem Siebtel aller Arbeitnehmer entspricht.

In einzelnen Branchen, Betrieben oder Abteilungen beträgt der Abbau 30%, 40% und mehr aller Beschäftigten.

angeblich von den Ausländern bewirkt sein soll?

Die Urheber der masslosen Abbau-Initiative fechten mit Scheingründen. Nur mit Scheingründen können sie die Ausweisung von gut der Hälfte der gesamten ausländischen Wohnbevölkerung «begründen».

senumzüge von Schweizern aus den ländlichen Gebieten in die Industriezentren folgen. So würden die wirtschaftlich ohnehin benachteiligten Regionen noch mehr entvölkert.

Alle Ausgewiesenen wären auch verlorene Konsumenten. Für die Landwirtschaft wäre dies ein schwerer Schlag.

Mit der Ausweisung eines Zwölftels der bisherigen Einwohner würde sie entsprechende Absatzmöglichkeiten verlieren.

Gewerbe und Kleinbetriebe würden ebenso massiv betroffen. Auch von daher würde Arbeitslosigkeit drohen. Ausserdem bedeutet weniger Umsatz noch höhere Preise. So würden wir alle zur Kasse gebeten.

Die unmenschliche Massendeportation von Ausländern wäre gleichbedeutend mit wirtschaftlicher Selbstverstümmelung. Und diese wollen wir nicht! Den rechten, guten Schweizergeist zu schützen, ist eine vornehme Aufgabe. Aber mit dem Ungeist der Überfremdungsinitiative würde er nicht geschützt, sondern von innen her zerstört.



Die Betriebs-schliessungs-Initiative

Bisher waren in der Schweiz Betriebsschliessungen die Ausnahme, auch wenn in letzter Zeit etwas mehr Betriebe eingingen als zuvor. Die Mitarbeiter der geschlossenen Betriebe fanden in der Regel eine entsprechende Beschäftigung in andern Betrieben. Beliebte sind aber Schliessungen auch in sehr begrenztem Ausmass nicht.

Die Initiative der Nationalen Aktion für einen massiven Ausländerabbau würde schlagartig die Betriebsschliessungen und die Stilllegung von Betriebsabteilungen vermehren und auch Arbeitsplätze von Schweizer Arbeitnehmern gefährden.

Die Initianten behaupten zwar kühn das Gegenteil: ein Abbau der ausländischen Arbeitskräfte bedeute mehr Sicherheit für die einheimischen Arbeitskräfte in einer Krise.

Was passiert in Wirklichkeit, wenn wir gemäss Initiative binnen kurzem 400 000 Arbeitskräfte fortschicken würden? Einerseits wird die Arbeitskraft noch knapper. Jene Betriebe, die es sich leisten können, werden das Rennen machen und sich die besten Arbeitskräfte sichern

tel der Arbeitsplätze stilllegen – was übrigens auch schon mit Verlusten verbunden wäre. Sie müsste den ganzen Betrieb auf die neue Situation umstellen und wäre allenfalls gezwungen, bestimmte Produktionen völlig aufzugeben. Ein anderer Betrieb könnte überhaupt nicht mehr bestehen. Von diesen Einschränkungen und Schliessungen wären aber auch schweizerische Mitarbeiter betroffen. Sie würden die Stelle verlieren.

Es handelt sich um eine sogenannte strukturelle Arbeitslosigkeit, die vor allem bestimmte Branchen und Regionen heimsuchen würde, jene, die wirtschaftlich schwächer sind. Der stellenlos gewordene Schweizer wäre darauf angewiesen, in einer anderen Region, in einer anderen Branche Arbeit zu suchen, seine gewohnte Umgebung zu verlassen und seinen Haushalt zu zügeln. Am schwersten fielen dies den älteren Arbeitnehmern.

Im Grunde sehen die Initianten diese schweren Konsequenzen voraus. Der Erstunterzeichner der Initiative gab wenigstens zu, dass «Umstellungsprobleme» entstünden, und einer seiner Mitstrei-

Einfach so! Dieser sorglose Satz birgt aber ein vernichtendes Geständnis in sich. Was die für die Initiative Verantwortlichen nicht hindert, in einem Flugblatt der breiten Öffentlichkeit vorzugaukeln, die Initiative bedeute «Sicherheit für die einheimischen Arbeitnehmer». Angesichts der Folgen drängt sich ein Nein zu Initiative auf. Die Massnahmen, die der Bundesrat zur Begrenzung des Ausländerbestandes getroffen hat, greifen hart zu, bewirken aber keine krisenhaften Zustände.



Auch unsere Landesversorgung wäre in Frage gestellt.

Der Abbau von rund 400 000 ausländischen Arbeitskräften hätte auf unsere Versorgungslage einen entscheidenden Einfluss. Die Landwirtschaft wäre kaum mehr in der Lage, ausländische Arbeitskräfte zu behalten. Dazu käme, dass für sie, wie für alle andern gewerblichen Betriebe, weit über 500 000 Konsumenten wegfallen würden. Das will in Anbetracht

der Milchschwemme und der Schwierigkeiten, andre Agrarprodukte loszuwerden, etwas heissen.

Die Ausländer sind aber nicht nur Konsumenten und Steuerzahler, sie sind, weil dazu keine Schweizer mehr zu finden sind, in den Verteilungszentren der Nahrungsmittelbranche (meistens mit Nachtarbeit) tätig. Erst sie ermöglichen den Konserven-

fabriken, die Ernten zu verarbeiten. In den Grossmetzgereien der Städte sind es ebenfalls ausländische Arbeitskräfte, die einen entscheidenden Beitrag zur Landesversorgung leisten.

In manchen Bereichen würde also die Versorgung des Landes bei Annahme der Initiative sehr rasch zusammenbrechen.

gen Arbeitskräfte sichern. Andere aber wären in ihrer Existenz bedroht.

Wenn eine Nahrungsmittelfabrik infolge der Initiative einen Viertel ihrer Beschäftigten verlieren würde, so könnte sie nicht einfach in jeder Abteilung schematisch ein Vier-

den, und einer seiner Mitstreiter erklärte unbesorgt:

«Das einzige, was den schweizerischen Arbeitnehmern passieren kann, ist, dass sie ihre Stelle wechseln müssen.»

Ein wichtiger Kronzeuge:

Nationalrat Schwarzenbach sagt Nein zur 3. Überfremdungsinitiative

«Wir wissen aber auch, dass eine Annahme der dritten Überfremdungsinitiative den Ruin des mittleren und kleinen Gewerbes bedeutet und dass sie gegen menschliche Grundrechte verstösst und die Wege für Arbeitslosigkeit und Revolution ebnet. (...)

Die Republikaner als entschlossene Gegner der Überfremdung haben es mit der Bürgerpflicht ernst genommen und sich von einem angepriesenen Heilmittel distanziert, das für das Ansehen und die Wohlfahrt der Schweiz tödliches Gift ist.»

(«Der Republikaner», 28. Juni 1974)

«In der heutigen Wirtschaftslage werden sich viele Ausländerprobleme von selbst lösen. Es ist völlig überflüssig, in die heutige unsichere Situation noch eine weitere Krise hineinzutragen.»

(Informationstagung in Zofingen vom 21. Juni 1974)



«Die III. Überfremdungsinitiative löst in ihrer Masslosigkeit unsere Probleme nicht, schafft aber eine ganze Reihe neuer, grosser Schwierigkeiten. Zum Beispiel:

- Viele kleinere und mittlere Betriebe werden wegen der neuen Arbeitsmarktverhältnisse in ihrer Existenz bedroht sein. Ist es richtig, eine Fremdarbeiterpolitik auf dem Buckel der schwächern Branchen zu betreiben und damit den an sich schon starken Zug zur wirtschaftlichen Konzentration noch künstlich zu verstärken?

ermöglichen den Konserven-

- Das Gefälle zu den wirtschaftlich schwächeren Regionen unseres Landes wird sich verstärken. Sollten wir nicht dafür sorgen, dass das Gegenteil eintritt? Sicher ist, dass politischer Föderalismus auch der wirtschaftlichen Substanz bedarf, wenn er lebensfähig bleiben soll.
- Nicht minder schwerwiegend sind aber auch die menschlichen Probleme, die entstehen werden, wenn innert weniger Jahre eine halbe Million Männer,

Frauen und Kinder wegweisen werden müssen. Nach welchen Kriterien soll dies geschehen? Wir geraten in eine unmenschliche Situation, unmenschlich sowohl für die direkt Betroffenen als auch für diejenigen, die im Einzelfalle zu entscheiden haben.

- Was geschieht mit den vielen Schweizern im Ausland, wenn dort Gegenmassnahmen getroffen werden sollten?»

(Bundespräsident Brugger am 21. September 1974)

Das Zentrum für Zukunftsforschung der Handelshochschule in St. Gallen schreibt: «Schon heute zeigt sich eine Tendenz zur Überalterung der Bevölkerung. Durch den Abbau der ausländischen Bevölkerung verkleinert sich die Zahl der Aktiven noch zusätzlich. Somit werden wesentlich weniger Erwerbstätige die Beiträge zur Alterssicherung erarbeiten müssen. Durch den plötzlichen Konjunkturunbruch und das Ansteigen der Inflation ist die Verwirklichung sozialpolitischer Ziele für die Schweizer in Frage gestellt. Ein massiver Rückgang des Wohlstandes dürfte kaum vermeidbar sein, wobei die älteren, namentlich die nicht mehr erwerbstätigen Bevölkerungsschichten am stärksten betroffen werden.»

Ins eigene Fleisch schneiden?

Überfremdungs-Initiative III

NEIN!

Abstimmungstag
20. Oktober

Fortsetzung von Seite 1

Wie stark ist die Schweiz allein?

dann soll, wie ein führender Initiant schrieb, die Exportindustrie «geschädigt» werden. Die Schweiz hätte auf internationalen Güteraus-tausch, auf Ein- und Ausfu-hren, weitgehend zu verzichten. Das nennt man Autarkie. Für ein kleines Land mit kargem Boden ist Autarkie der Vorname der Armut.

Bevölkerung stagniert

Zweifellos wäre ein weiteres Breitenwachstum von Bevöl-kerung und Wirtschaft nicht angebracht. Aber es findet auch nicht statt. Nach neusten Studien wird die Bevölkerung unseres Landes (Schweizer und Ausländer) bis 1990 kaum mehr zunehmen, wenn nicht sogar etwas zurückgehen. Die-ser Bevölkerungsstand ist er-träglich. Der Vergleich der Nationalen Aktion mit den USA, der beweisen soll, wie furchtbar dicht die Schweiz gemessen an den USA besiedelt sei, ist alles andere als überzeugend. Die Bewohner von New York oder Los Angeles leben unter schlechteren

Auf dem Rücken unserer Rentner?

Die erwerbstätigen Ausländer (Niedergelassene, Jahresaufenthalter, Saisoniers und Grenzgänger) zahlen wie die Schweizer AHV-Beiträge. Auf Jahrzehnte hinaus stehen jedoch diesen Beiträgen auch nicht annähernd entsprechende Rentenleistungen gegenüber, weil die Ausländer durchschnittlich viel jünger sind als die Schweizer.

Ohne die Beiträge der Ausländer würde die AHV um

einen wesentlichen Teil ihrer Einnahmen gebracht – nach einem Ausländer-Abbau gemäss Initiative um rund eine Milliarde Franken jährlich. Um das Manko auszugleichen, müsste man entweder die Beiträge der erwerbstätigen Schweizer drastisch erhöhen oder aber die Zahlungen an unsere Rentner empfindlich kürzen. So oder so: eine unerfreuliche Zukunftsrechnung. Doch man muss



Zahlen Sie gerne noch höhere Steuern?

Überfremdungs-Initiative III
NEIN!

Es gibt bessere Wege!

Die Nationale Aktion spricht nicht davon, dass die vom Bundesrat verfügten Stabilisierungsmassnahmen bereits Erfolge zu verzeichnen haben. Spricht sie vielleicht deshalb nicht davon, weil ihre ganze Initiative sonst als überflüssig erscheinen könnte?

Bundesrat auch diesmal sein Versprechen einhalten wird.

Die unmenschliche dritte Überfremdungsinitiative jedoch, die fordert, dass über 500 000 Menschen in kürzester Zeit brutal aus unserem Land ge-

gelen leben unter schlechteren Verhältnissen als die Bewohner von Schweizer Städten und haben wenig davon, dass weit weg von ihrem Wohnort dünn besiedelte Gebiete liegen. Zieht man europäische Länder zum Vergleich heran, so ist die Schweiz immerhin weniger dicht besiedelt als z. B. Deutschland, Holland und England.

Von einer Wirtschaftsexpansion ist in der Schweiz nichts mehr zu merken. Unter anderem ist seit 1969 die Zahl der Beschäftigten in der Industrie um rund 8% zurückgegangen, nicht zuletzt infolge der vom Bundesrat angeordneten Begrenzung der ausländischen Arbeitskräfte. Diese Begrenzung ist auf Grund neuer Vorschriften noch wirkungsvoller gestaltet worden. Nicht zugänglich ist jedoch das Begehren der Amputations-Initiative, 400 000 berufstätige Ausländer mit über 200 000 Angehörigen nach Hause schicken zu wollen. Dieser Amputation und dem dahinter stehenden Autarkie-Wahn ist ein entschiedenes Nein entgegenzusetzen.

«Arbeitslosigkeit, berufliche Umstrukturierung und sozialer Abstieg wären für zahlreiche schweizerische Arbeitnehmer unvermeidlich.»

(Aus der Botschaft des Bundesrates zur 3. Überfremdungsinitiative)



erscheinen könnte:

Der Bundesrat hat den besseren Weg bereits gewiesen: 1970 versprach er, die Zahl der erwerbstätigen Ausländer in der Schweiz zu stabilisieren. Die Zahl ist seither sogar zurückgegangen.

Der Bundesrat hat also sein Versprechen eingehalten.

Als zweiter Schritt soll nun die Gesamtzahl der ausländischen Wohnbevölkerung stabilisiert werden. Dies bedeutet eine laufende Verringerung der Zahl der ausländischen Arbeitskräfte; eine diesbezügliche Verordnung wurde vom Bundesrat bereits erlassen.

Die neue Regelung bringt viele Härten für unsere Wirtschaft, aber auch für die Schweizer mit sich (zum Beispiel durch den weiteren Abbau von Dienstleistungen). Immerhin vermeidet sie unerträgliche Belastungen und lässt sich verantworten.

Es besteht kein Zweifel, dass der

brutal aus unserem Land gewiesen werden sollen, muss von allen anständigen und vernünftigen Schweizern zurückgewiesen werden.

«Ich war immer der Meinung, dass wir das Ausländerproblem in den Griff bekommen müssen. Es ist aber nicht möglich, eine zwanzigjährige Entwicklung innerhalb kurzer Zeit zu korrigieren. In den letzten drei Jahren ist es in einer ersten Phase gelungen, die erwerbstätige Bevölkerung zu stabilisieren. Wir haben diese Politik gegen alle Widerstände von innen und aussen durchgehalten und das gesteckte Ziel auch erreicht. Die zweite Phase, nämlich die Stabilisierung der Wohnbevölkerung, ist eingeleitet. Auch sie wird in einigen Jahren zum Ziel führen, sofern sie – nach dem Willen des Bundesrates – in aller Härte und Konsequenz durchgehalten wird.»

(Bundespräsident Brugger am 21. September 1974)

Ins eigene Fleisch schneiden?

Überfremdungs-Initiative III

NEIN!

Abstimmungstag
20. Oktober

Schweizerisches Aktionskomitee
gegen die Ausweisung von 500 000 Ausländern
Postfach 237 8022 Zürich

Vogt-Schild AG, Druck und Verlag, 4500 Solothurn